

**Motive und Hemmnisse der interkommunalen
Kooperation -
Ergebnisse der Gesetzesfolgenabschätzung
zur Kommunal- und Verwaltungsreform in
Rheinland-Pfalz**

Axel Piesker, M.A.

Vortrag auf der Tagung „Kommunale Gebietsreform,
interkommunale Zusammenarbeit und Regionalisierung“ an der
DHV Speyer am 28. September 2010

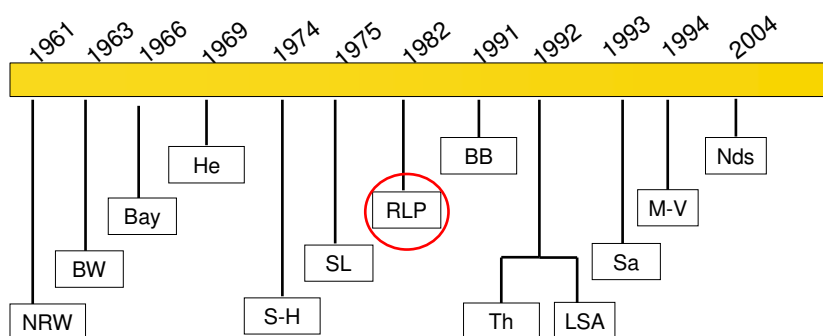
Gliederung

1. Ausgangslage
2. Rechtliche Voraussetzungen für die IKK
3. Rahmenbedingungen in Rheinland-Pfalz
4. Empirische Bestandsaufnahme
5. Erweiterte Möglichkeiten durch das 1. KVR-G
6. Motive und Hemmnisse der IKK
7. Fazit
8. Ansatzpunkte

Ausgangslage

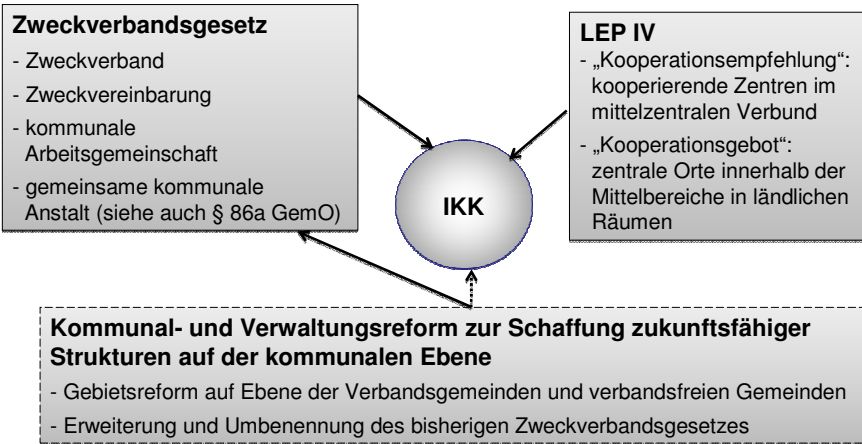
- IKK = willentliches Zusammenwirken von Rechtspersonen (darunter mindestens zwei kommunale Körperschaften)
- kein neues Phänomen, jedoch Bedeutungszuwachs seit den 1990er Jahren erkennbar
- verschiedene Gründe für den Bedeutungszuwachs von IKK:
 - finanzielle Situation der kommunalen Gebietskörperschaften
 - demografischer Wandel
 - Europäische Integration/Globalisierung

Rechtliche Voraussetzungen für die IKK



- in allen Bundesländern gibt es gesetzliche Regelungen zur IKK
- kleinere Unterschiede bei den vorgegebenen Nutzungsformen

Rahmenbedingungen für die IKK in Rheinland-Pfalz



Empirische Befunde – Zweckverbände und Zweckvereinbarungen

- Zweckverbände und Zweckvereinbarungen als zentrale Instrumente der formalisierten IKK in Rheinland-Pfalz

368 Zweckverbände	733 Zweckvereinbarungen
<p><u>Thematische Schwerpunkte (70%)</u></p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Ver- und –entsorgung im Wasser-, Abfall- und Energiebereich (2) Kindertagesstätten (3) Forstwirtschaft 	<p><u>Thematische Schwerpunkte (66%)</u></p> <ol style="list-style-type: none"> (1) Schule/Bildung (2) Ver- und –entsorgung im Wasser-, Abfall- und Energiebereich (3) Kindertagesstätten

Beteiligungen an Zweckverbänden und Zweckvereinbarungen nach Gebietskörperschaftstypen in RLP

Gebietskörperschaft	Anzahl gesamt	davon aktiv	Aktivitäts- level	Beteiligungen	Beteiligungen pro Gebiets- körperschaft
Landkreise	24	24	100,0%	334	13,9
kreisfreie Städte	12	12	100,0%	223	18,6
große kreisangehörige Städte	8	8	100,0%	60	7,5
Verbandsgemeinden	163	152	93,3%	840	5,2 (5,5)
verbandsfreie Gemeinden	28	27	96,4%	128	4,6 (4,7)
Ortsgemeinden	2.258	1.317	58,3%	2.322	1,0 (1,8)
Gesamt	2.493	1.540	61,8%	3.907	1,6

Zwischenergebnis der empirischen Bestandsaufnahme

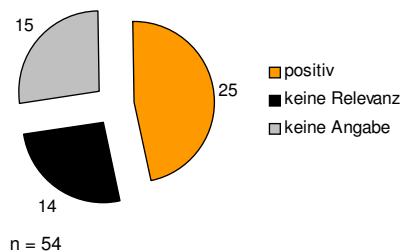
- thematische Schwerpunkte bei den IKK-Projekten (mehr als 60 %)
 - Ver- und -entsorgung im Wasser-, Abfall- und Energiebereich
 - Schule/Bildung
 - Kindertagesstätten
- kreisfreie Städte und Landkreise als aktivste Gebietskörperschaftstypen in Rheinland-Pfalz im Hinblick auf Aktivitätslevel und Beteiligungen
- deutliche Unterschiede innerhalb der verschiedenen Gebietskörperschaftstypen bei den Kooperationsbeteiligungen

Wesentliche Neuerungen für die IKK durch das 1. KVR-G

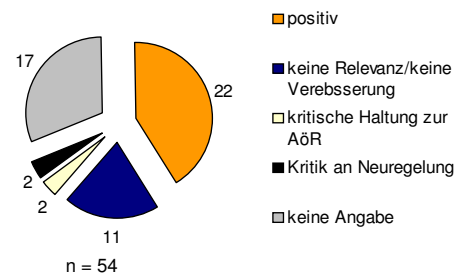
Änderungen f. Zweckverbände	Änderungen f. Zweckvereinbarungen
<ul style="list-style-type: none"> • Konkretisierung der gemeinsamen Aufgabenerfüllung • Bildung von Mehrfachzweckverbänden möglich 	<ul style="list-style-type: none"> • keine Beschränkung auf einzelne oder mehrere sachlich verbundene Aufgaben mehr • Beteiligungsmöglichkeit für natürlicher und juristischer Personen
Änderungen für Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR)	
<ul style="list-style-type: none"> • Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten privater Investoren am Stammkapital der AöR • Ermöglichung einer umfassenden Aufgabenübertragung 	

Bewertung der Neuregelungen im IKK-Bereich

Bewertung der Änderungen des ZwVG

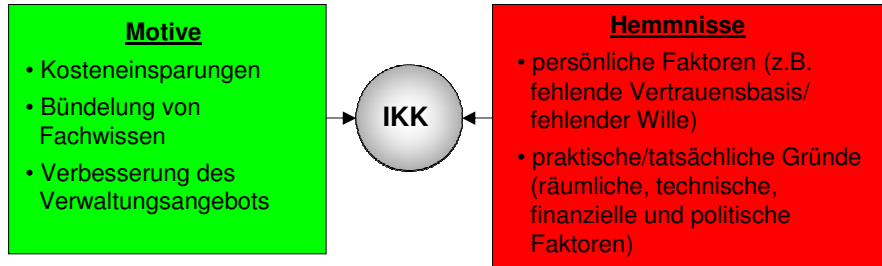


Bewertung der Änderungen des § 86a GemO



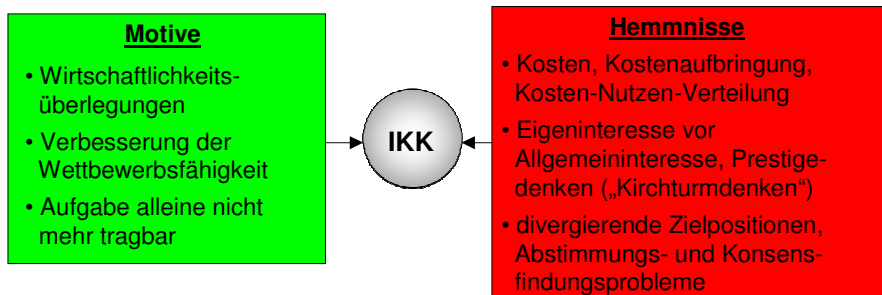
- positive Bewertung der geplanten Maßnahmen
- aber deutlich erkennbar: Überlagerung durch das Fusionsthema

Motive und Hemmnisse der IKK - Ergebnisse der bGFA



- IKK als sinnvolles Instrument
- Besonderheit aufgrund der KVR: Betonung der Flexibilität dieses Instruments
 - für jedes Kooperationsfeld der am besten geeignete Partner auswählbar
 - gleichzeitig: Bewahrung der Eigenständigkeit und der Bürgernähe

Motive und Hemmnisse der IKK - Ergebnisse der Trierer Untersuchung



- Differenzierung nach Daseinsvorsorgebereichen
 - Wirtschaftlichkeitsüberlegungen immer sehr wichtiges Motiv
 - in den Bereichen „Tourismus und Regionalmarketing“ und „Wirtschaftsförderung“: Wettbewerbsfähigkeitsverbesserung als Hauptmotiv

Fazit

- monetäre Aspekte als Hauptmotiv für die Umsetzung von IKK („Win-Win“-Situation)
- hoher Kostenaufwand sowie fehlende Vertrauensbasis zwischen den Partnern als zentrales Hemmnis für eine erfolgreiche IKK
- dagegen geringere Relevanz von rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Realisierung von IKK-Projekten
- Nutzung des vorhandenen Kooperationspotenzials, z.B. in verschiedenen Bereichen
 - Personalverwaltung/Buchhaltung
 - Standesamt
 - Feuerwehr

Ansatzpunkte für eine Intensivierung von IKK

Kommunale Ebene

Identifikation vorhandener Potenziale vorantreiben

Begleitung von Kooperationsprozessen

Nutzung der neuen IKK-Möglichkeiten (z.B. durch eGovernment)

Landesebene

Beratungsangebot (u.a. zu den neuen IKK-möglichkeiten)

Einführung eines Anreizsystems zur Vorbereitung/Durchführung von IKK-Projekten

Wettbewerb für Modellprojekte in Verbindung mit einer Datenbank für „Good Practise“-Beispiele



**Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit!**